

Verabschiedet am 27.06.2015 von der Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen

Erneuerung des bilateralen Wegs Den Wohlstand für die Zukunft sichern

Wir müssen den bilateralen Weg sichern und weiterentwickeln, denn er ist für die Schweiz ein Königsweg für die Beziehungen mit der EU. Dies trotz der Abstimmung des 9. Februar 2014 über die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung». Wir müssen alles tun, um die Bilateralen zu retten. Der Bundesrat und unsere Behörden müssen die Interessen der Schweiz verteidigen und Sicherheit, Neutralität und Wohlstand fördern. Unsere Unternehmen benötigen den Zugang zu neuen Märkten, um ihre bestehenden Positionen festigen zu können. Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist zentral für unsere Unternehmen, denn die EU ist der wichtigste Handelspartner unserer Wirtschaft. Die FDP ist die einzige Partei, die sich für den bilateralen Weg einsetzt, jedoch einen EU oder EWR-Beitritt sowie eine Abschottungspolitik ablehnt.

- › **Ja zu den Bilateralen, Nein zum Beitritt:** FDP.Die Liberalen setzt sich für den bilateralen Weg mit der EU ein. Sie ist die einzige Partei, welche diese Lösung immer zweifelsfrei unterstützt hat. Der Wohlstand unseres Landes ist der Beweis dafür, dass der bilaterale Weg funktioniert. Dieser Weg muss weiterentwickelt werden, denn er ist die einzige Lösung, um einen Beitritt in die EU oder eine Isolierung zu vermeiden. Ein EU-Beitritt wird von der FDP entschieden abgelehnt. Umso mehr gilt es jetzt, einen Reformstau bei der Lösung institutioneller Fragen in den Verhandlungen mit der EU zu vermeiden. Dies würde unseren Wohlstand gefährden. Deshalb unterstützt die FDP die Marschrichtung des Bundesrates bei den institutionellen Fragen.
- › **Die FDP als Garant des bilateralen Wegs:** Die EU ist mit Abstand unser grösster und wichtigster Handelspartner, auf wirtschaftlicher, politischer und kultureller Ebene. Die Schweiz ist umgekehrt der zweitbedeutendste Handelspartner der EU. Die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz sind äusserst eng und stark. Sie haben zu einem Netzwerk von rund 20 zentralen bilateralen sowie zu über 100 sektoriellen Abkommen geführt. Auch wenn sich die Märkte der Schwellenländer schnell entwickeln, wird die EU unser grösster Handelspartner bleiben. Der bilaterale Weg ist die beste Lösung für die Schweiz, um ihre Beziehungen mit der EU zu pflegen und weiterzuentwickeln. Ausserdem ist er der einzige Weg der seit dem Jahr 2000 mehrmals vom Volk befürwortet wurde.
- › **Den Wohlstand der Schweiz erhalten:** Infolge der Abstimmung über die Masseneinwanderung (Art. 121a) vom 9. Februar 2014, sind die bilateralen Abkommen stark gefährdet. Die FDP akzeptiert das Ergebnis der Volksabstimmung und unterstützt den Bundesrat bei der Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung. Die FDP erinnert aber daran, dass sie weder einen EU-Beitritt, noch eine Abschottung der Schweiz in ihrer Landesgrenze will.
- › **Den bilateralen Weg bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sichern:** Die Umsetzung des Art. 121a muss als erstes erfolgen, um die Spannungen mit der EU zu lösen. Der Bundesrat muss mit der EU verhandeln, um eine Lösung für den freien Personenverkehr zu finden. Die FDP fordert in ihrem Positionspapier „[Liberale Rezepte für die Schweiz](#)“ ein Paket wirtschaftlicher Reformen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz gegenüber der EU zu stärken und die negativen Effekte der Masseneinwanderungsinitiative zu lindern. Die FDP fordert, dass der bilaterale Weg gesichert und weiterentwickelt wird.
- › **Erneuerung der bilateralen Verträge:** Der vom Bundesrat eingeschlagene Weg bei den Verhandlungen mit der EU gewährleistet die Autonomie der Schweiz als Nicht-Mitglied der EU. Jeder Partner stellt die einheitliche Anwendung der Richtlinien des Abkommens durch seine Behörden und auf seinem eigenen Hoheitsgebiet sicher. In jedem Fall hat der Souverän das letzte Wort bei der Beurteilung eines allfälligen Verhandlungsergebnisses.

› **Die roten Linien der FDP bei der Erneuerung der bilateralen Verträgen:** Damit die FDP ein Verhandlungsergebnis unterstützt, sind folgende roten Linien zwingend einzuhalten:

1. Keine automatische Übernahme von EU-Recht. Das Volk hat das letzte Wort bei einer allfälligen Übernahme von EU-Recht.
2. Keine automatische Kündigung der bilateralen Verträge bei fehlender politischer Einigung der Parteien im Gemischten Ausschuss bzw. bei einer Nichtumsetzung einer Interpretation des Europäischen Gerichtshofes durch die Schweiz: Eine Kündigung bedarf eines expliziten Entscheids einer Vertragspartei.
3. Konsequente Anwendung der bestehenden flankierenden Massnahmen, keinen weiteren Ausbau.
4. Keine Übernahme der europäischen Richtlinie zur Unionsbürgerschaft oder anderen Richtlinien, die nicht in den aktuellen bilateralen Abkommen enthalten sind.